

Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser

Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)

Demokratiebildung tut not!

Ein Plädoyer aus Sicht der beruflichen Bildung

Dankesrede zur Verleihung des Georg-Schulhoff-Preises

Düsseldorf, 27. November 2023

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Sehr geehrter Herr Präsident Ehlert, lieber Herr Dr. Fuhrmann,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

zunächst danke ich Ihnen und Frau Ministerin Stark-Watzinger sehr für die Wertschätzung, die Sie mir und all denjenigen, die mit mir gemeinsam zum Thema „Berufliche Bildung“ forschen und entwickeln, mit diesem Preis entgegenbringen. Für mich sicher auch ein Höhepunkt des immer guten und vertrauensvollen Miteinanders über viele Jahre hinweg. Ich fühle mich Ihnen, lieber Herr Ehlert und lieber Herr Fuhrmann, der Handwerkskammer und dem Handwerk einmal mehr sehr verbunden. Denn auch unsere Austausche haben maßgeblich dazu beigetragen, dass ich seit meinem Eintritt ins BIBB nie die Tuchföhlung zum Handwerk verloren habe, und ich mich nach wie vor als einer vom Handwerk verstehen und erklären darf. Und das macht mich

unter all den Wissenschaftlern, Ministerialen und Beamten auch ein wenig stolz. Danke dafür!

Gerne nutze ich die Gelegenheit des Abends, ein besonderes Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Dabei möchte ich die Themen „Fachkräftesicherung“ und „Gleichwertigkeit“ heute einmal beiseitelassen, insbesondere auch deshalb, weil hier in NRW, gerade auch dank Ihrer politischen Arbeit, dazu schon viel in Bewegung ist, um mich einem Thema zu widmen, dem wir in Zukunft – dringend – viel mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Es geht mir um die Demokratiebildung. Und ich möchte Ihnen darlegen, warum mir das Thema so wichtig ist.

Die aktuellen Krisen zeigen unverblümt, wie verwundbar unsere Gesellschaftsordnung und unsere Volkswirtschaft geworden sind. Nach den pandemiebedingten Rückschlägen für unsere

Wirtschaft und Gesellschaft wird uns mit der Zeitenwende so richtig bewusst, wie wertvoll Wohlstand, Zusammenhalt und Resilienz in einer lebenswerten Umwelt sind.

Am 24. Februar 2022 hat uns der verbrecherische russische Angriffskrieg auf die Ukraine aus der Selbstverständlichkeit einer Welt, in der schon immer vieles passiert, was schlimm ist, nur nicht bei uns, abrupt herausgeholt.

Ein gewissenloser Diktator durchbricht die bis dahin geltenden Regeln eines friedlichen Miteinanders in Europa und sagt damit auch allen freien, demokratischen Gesellschaften den Kampf an.

Der Hinweis unseres Verteidigungsministers, dass Deutschland wieder kriegstüchtig werden muss, ist richtig, erschreckt uns jedoch gleichermaßen, wie auch die Nachrichten vom brutalen

Terror der Hamas gegen das israelische Volk. Zukunftsängste, die bereits mit der weltweiten Coronapandemie in unsere Gesellschaft hineindiffundierten, verstärken sich und sind sich weiter verfestigende Begleiterscheinungen eines epochalen Wandels.

Der Cocktail von Digitalisierung, Dekarbonisierung und demographischem Wandel in Zeiten von Krieg und Terror, Inflation und Lieferkettenbrüchen schmeckt nicht jedem. Er entpuppt sich in gewisser Weise auch als Gift für eine ängstlicher gewordene Gesellschaft, deren Verrohungspotenzial deutlich zugenommen hat. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und die menschenverachtende Kommunikation im Internet trüben die Aura unseres bislang gewohnten freiheitlich-liberalen Lebensstils ein und schüren das Aufkommen von demokratiefeindlichen Extremen an den Rändern unserer demokratischen Mitte.

Doch schüren nicht auch Zweifel von immer mehr Menschen an Sicherheit und Wohlstand in unserem Land zwangsläufig auch Zweifel an unserer Wirtschaftsordnung, die in ihrer liberal-sozial und marktorientierten Ausprägung die eigentliche Quelle von Sicherheit und Wohlstand ist? Schließlich ist es doch die Marktwirtschaft, die in ihrer sozialen Gebundenheit den Rahmen dafür bieten soll, dass wir in Freiheit unseren eigenen Wohlstand und damit unser Auskommen in der Regel qualifiziert erarbeiten können und damit auch als Gesamtgesellschaft in der Lage sind, sozialen Ungerechtigkeiten im System weitgehend entgegenzuwirken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich meine, es ist an der Zeit, sich wieder in Erinnerung zu rufen, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und unserer genau in dieser Freiheit gelebten Wirtschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft. Demzufolge müssen sich zunehmende Zweifel an der Zukunftsfestigkeit unseres Gesellschaftssystems auch negativ auf die bislang gelebte Selbstverständlichkeit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung ausprägen. So meine Vermutung. Zumal wir es mit China und seinem wirtschaftlichen Aufstieg mit einem Gegenentwurf zu unserer demokratiebasierten Wirtschaftsordnung zu tun haben.

Es sind eben nicht nur der Fachkräftemangel, die hohen Energiekosten oder die erdrückende Bürokratie und Regulierungen, die unserer Wirtschaftsordnung zusetzen, sondern auch, vielleicht noch nicht so offensichtlich, die

antidemokratischen Bewegungen, die sowohl weltweit als auch in unserem Land auf dem Vormarsch sind.

Vor dem Hintergrund dieser Gemengelage frage ich mich als Berufs- und Wirtschaftspädagoge natürlich einmal mehr, was macht das alles eigentlich mit unseren jüngeren Generationen, mit denen, die wir als Fachkräfte für unsere Wirtschaft aus- und weiterbilden, die wir aber auch als Mitglieder unserer Gesellschaft sozialisieren und erziehen wollen?

Auch hier sehen wir uns besonderen Herausforderungen gegenübergestellt. Internationale Vergleichsstudien zeigen, dass Zukunftsängste unter Jugendlichen weltweit zunehmen. Persönliche Probleme mit Familie und Freunden treten dahinter zurück. Sorgen sich Heranwachsende vor 30 Jahren vor allem

um ihre eigene Zukunft, stehen heute gesamtgesellschaftliche Bedrohungen im Fokus.

Schauen wir bei uns in Deutschland noch etwas genauer hin: Die Anzahl junger Erwachsener im Alter von 20 bis unter 35 Jahren ohne abgeschlossene Berufsausbildung ist seit dem Jahr 2014 kontinuierlich um 800.000 Personen angestiegen und erreichte im Jahr 2021 einen derzeitigen Höchststand von rund 2,6 Millionen Personen, wobei der Anteil an Ausländer/-innen in dieser Gruppe auf rund 50 % im Jahr gestiegen ist.

Wir zählen bei uns in Deutschland zurzeit ca. 600.000 Neets, junge Menschen „not in education, employment or training“, zwischen 15 und 24 Jahren, die nicht mehr zur Schule gehen, keinen Freiwilligendienst machen, keine Ausbildung, kein Studium und nicht arbeiten gehen. Diese Gruppe ist sehr

heterogen. Es sind junge Menschen, die orientierungslos sind, ein Gap Year machen, die psychosoziale Probleme plagen oder die sich frustriert aus der Bildungsbiografie verabschieden.

Vor dem Hintergrund der herausfordernden Fachkräftelage in Deutschland haben wir diese Gruppe der jungen Menschen in der Berufsbildungspolitik vor allem vor dem Hintergrund der Frage im Fokus, wie wir sie als Potenziale für den Arbeitsmarkt heben können.

Denn wir wissen, dass der Einstieg in eine Ausbildung und anschließende Beschäftigung die beste Versicherung gegen den Abstieg in die sozialen Sicherungssysteme ist und gleichzeitig eine hervorragende Rahmenbedingung für gesellschaftliche Integration und Teilhabe.

Aber, was ist, wenn diese gewünschte Hinführung in Qualifizierung nicht gelingt? Ohne Zweifel tut sich mit sogenannten unversorgten jungen Menschen auch ein Potenzial für sozialen Sprengstoff auf.

Aber nicht nur diese Zielgruppen haben ein Gefährdungspotenzial. Neuere Studien decken auf, dass sich junge Menschen zu wenig gehört fühlen und kaum Hoffnung in die Politik setzen. Erschreckend legt eine repräsentative Studie von Infratest dimap im Auftrag der Vodafone-Stiftung (Umfrage vom 7. – 27. September 2021, also vor dem russischen Angriffskrieg) beispielsweise dar, dass junge Menschen im Alter zwischen 14 und 24 der Meinung sind, dass die deutsche Demokratie zu schwerfällig sei, um aktuelle Probleme zu lösen. Nur 8 % glauben, dass es zukünftigen Generationen besser gehen wird als den heutigen. Die Forschenden lesen aus den

Daten, dass die Demokratieverdrossenheit unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen weit verbreitet ist.

Ebenso dokumentiert die aktuelle Kollekt-Studie, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dass nicht zuletzt bedingt durch den Medienkonsum, verstärkt durch die Auszeiten während der Coronapandemie, Einsamkeit bei Jugendlichen mittlerweile ein ernstzunehmendes Problem darstellt und dabei ein demokratiegefährdendes Potenzial birgt. Wie die Rheinische Post am letzten Samstag berichtete, liegt dazu auch eine Studie der Ruhr-Universität Bochum mit dem Fokus NRW vor. Ministerpräsident Wüst hat, so die Rheinische Post, bereits reagiert und zu diesem Thema eine Stabsstelle in der Staatskanzlei eingerichtet.

Der aktuelle, von AXA veröffentlichte Future Risk Report deckt überdies auf, dass 82 % der Deutschen denken, dass Ungleichheiten immer gravierender werden und zu sozialer Zersplitterung in unserem Land führen könnten.

Um noch einmal ein aktuelles Beispiel zu nennen: in der vergangenen Woche war allgegenwärtig spürbar, wieviel Unruhe das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Finanzierung des Klima- und Transformationsfonds in unserer Gesellschaft ausgelöst hat. Dazu im Kontrastprogramm die Nachricht vom Wahlerfolg des Rechtsradikalen Wilders in den bislang von uns als besonders tolerant erachteten Niederlanden. Geschehnisse, die zeigen, wie wichtig es ist, den Menschen Ängste zu nehmen und Zuversicht aufzubauen. Denn, was nicht gut ist für die Demokratie, ist auch nicht gut für unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung und umgekehrt. Es muss uns darum gehen,

zu mehr Resilienz in unserer Gesellschaft in Bezug auf die Herausforderungen unserer Zeit beizutragen.

Mit Blick auf die jüngeren Generationen ist deshalb neben den allgemeinbildenden Schulen und den Hochschulen gerade jetzt die berufliche Bildung mit ihrem Potenzial in die Pflicht zu nehmen. Denn die Berufsausbildung ist mehr als arbeitsmarktorientierte Qualifizierung. Ihre Mehrwertigkeit drückt sich darin aus, dass sie zur Qualifizierung, Sozialisierung, Erziehung und Bildung beiträgt.

Und wir sind gut beraten, diese vielfältigen Dimensionen der beruflichen Bildung zu nutzen, um nicht nur standortstabilisierend gute Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen umzusetzen, sondern auch die politische, genauer gesagt, die Demokratiebildung der

jungen Menschen zu fördern, die ein stabiles und zukunftsfestes Wirtschaftssystem braucht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich glaube, es ist an der Zeit, ein entsprechendes Signal zu setzen. Denn auch hier tut Umsetzung not, und es gibt Möglichkeiten, aktiv zu werden.

Wir alle, die Betriebe, die Kammern, Kreishandwerkerschaften und Innungen, die wir uns jeden Tag um die berufliche Bildung in Deutschland bemühen, wissen, welche Bedeutung die Berufsausbildung hat.

Verbunden mit der Ausbildung besteht der Bildungsauftrag an unsere Betriebe, berufsbildenden Schulen und überbetrieblichen

Bildungszentren, zur Persönlichkeitsentwicklung der Auszubildenden beizutragen. Diese sollen sich zu selbstständigen Persönlichkeiten entwickeln, die sich reflektierend und aktiv mit aktuellen gesellschaftlichen Problemen auseinandersetzen. Ein solcher Bildungsauftrag ist bereits seit vielen Jahren ein verbindlicher Bestandteil unserer anerkannten Ausbildungsberufe.

Um dem Ziel einer zukunftsfesten Berufsausbildung Rechnung zu tragen, gibt es beispielsweise ergänzend zu berufsspezifischen Inhalten anerkannter Ausbildungsberufe seit nunmehr zwei Jahren festgeschriebene Kompetenzen in unseren Ausbildungsordnungen, die eine wesentliche Grundlage und damit ein unverzichtbares Element beruflichen Handelns darstellen. Wir nennen sie Standardberufsbildpositionen, die während der gesamten Ausbildung zu vermitteln sind. Es geht um

die Themen betriebliche Organisation, Sicherheit und Gesundheit, Umweltschutz und Nachhaltigkeit sowie Digitalisierung, die für alle Ausbildungsberufe, die seit dem 1. August 2021 in Kraft getreten sind, gelten.

Von ihrer Berücksichtigung über alle Ausbildungsordnungen hinweg geht ein wichtiges, bildungspolitisches Signal für alle an der Berufsbildung beteiligten Institutionen und Akteure aus. Mit ihnen greifen wir die Zielstellung der Persönlichkeitsentwicklung, gemeint die Förderung von beruflicher Tüchtigkeit und Mündigkeit, unter Berücksichtigung aktueller Entwicklungen auf und setzen für die zukunftsfähige Gestaltung der Ausbildung in einer sich wandelnden Arbeitswelt bildungspolitisch wichtige zusätzliche Akzente. Sie leisten bereits einen wichtigen Beitrag zur Förderung von demokratischen Kompetenzen in unserer Gesellschaft, indem sie auf die Eigenverantwortung des

Einzelnen am Arbeitsplatz im Sinne von Rechten und Pflichten sowie die Bedeutung von Prävention und Weiterbildung hinweisen. Des Weiteren definieren sie Mindestanforderungen an die nachhaltige Gestaltung des Arbeitslebens und die Tätigkeit in einer digitalisierten Arbeitswelt.

Weil sich unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaftsordnung als zwingend notwendiges Pendant zu unserer sozial-liberalen Wirtschaftsordnung gerade in diesen aufgewühlten Zeiten und sicher auch in Zukunft nicht von selbst erhält, müssen wir dafür Sorge tragen, dass sie ein Stabilitätsfaktor bleibt, und deshalb gehören Qualifizierung und Demokratiebildung noch intensiver und verbindlicher in beruflicher Bildung, insbesondere in Ausbildung, zusammengedacht. Genau das leisten die bisherigen Standardberufsbildpositionen aber nur unzureichend.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

als Reaktion auf die Terroranschläge in Frankreich und Dänemark zu Beginn des Jahres 2015 und im Gedenken an ähnliche Schreckenstaten in Europa bekräftigten die für die Bildung zuständigen Minister der EU ihre Entschlossenheit, sich gemeinsam für die Stärkung der Grundwerte einzusetzen, die ein zentrales Anliegen der Europäischen Union sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit (vor allem freie Meinungsäußerung), Demokratie, Gleichheit vor dem Gesetz, Rechtsstaat und Achtung der Menschenrechte.

Sie riefen seinerzeit dazu auf, die Vermittlung und Aneignung dieser Grundwerte bereits vom frühen Kindesalter an zu verstärken, und daran zu arbeiten, durch entsprechende Bildung integrativere Gesellschaften zu schaffen. Das wichtigste Ziel der Bildung, so die Politiker, ist zum einen das Vermitteln und das

Fördern von Kenntnissen, Fähigkeiten, Kompetenzen, Verhaltensweisen und demokratischen Grundwerten. Zum anderen, jungen Menschen, gemeinsam mit den Eltern und Familien, zu ermöglichen, aktive, verantwortungsbewusste und weltoffene Mitglieder der Gesellschaft zu werden.

Ich meine, es ist an der Zeit, über eine weitere Standardberufsbildposition und einem entsprechenden Komplement für das Curriculum der Berufsschulen nachzudenken. Eine treffende Bezeichnung dafür könnte lauten: „Arbeiten und Lernen in einer freiheitlich-sozialen Grundordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!